



Interviews

Vor dem Linken-Parteitag in Augsburg

Martin Schirdewan, Co-Vorsitzender der Linkspartei, im Interview mit Sandra Schulz

"Informationen am Morgen", 17.11.2023, 6:50 Uhr

Sandra Schulz: Mitgehört hat Martin Schirdewan, Co-Chef der Partei Die Linke und für seine Partei auch Abgeordneter im Europäischen Parlament. Schönen guten Morgen!

Martin Schirdewan: Guten Morgen, Frau Schulz.

Schulz: Wie schwierig wird das jetzt, nach diesem Rückschlag Tatkraft zu verströmen?

Schirdewan: Ach, das wird nicht so schwierig werden, weil in den letzten Wochen tatsächlich sehr ermutigende Signale auch an mich herangetragen wurden, aus der Partei, aber auch aus der Gesellschaft insgesamt. Die Partei erlebt ja im Moment eine kleine Eintrittswelle. Wir haben mehrere hundert neue Mitglieder gewonnen. Wir haben darunter auch prominente Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden und ich habe den Eindruck, dass in der gesellschaftlichen Linken ganz klar die Erkenntnis reift, dass jetzt, wo auch parteiinterne Konflikte final geklärt sind, es sich wirklich wieder lohnt, auch für andere, die nicht bislang in der Partei organisiert waren, gemeinsam für linke Politik in diesem Land zu streiten. Das macht mich optimistisch, dass wir von diesem Parteitag ein Signal der Geschlossenheit erstmal als Partei aussenden werden, und zweitens aber auch, dass es uns zukünftig gelingt, die

Partei Die Linke wieder zum Zentrum der gesellschaftlichen Linken in Deutschland zu machen.

Schulz: Ich will da keinem zu nahe treten, aber als das prominenteste Gesicht galt vielen ja wirklich lange Sahra Wagenknecht. Wenn Sie jetzt sagen, viele prominente Unterstützung, können Sie da Namen nennen?

Schirdewan: Es gab ja gestern erst Übertritte auch von den Grünen zu uns. Eine bekannte Autorin ist gestern eingetreten. In der Zwischenzeit haben sich auch Leute, die sich durchaus auch kritisch mit der Partei öffentlich auseinandergesetzt haben, wieder dazu bekannt, dass es wichtig ist, dass es diese Partei gibt, wie zum Beispiel Ulrich Schneider und andere. Ich bin da wie gesagt jetzt wegen des Austrittes, wegen der Abspaltung durchaus damit konfrontiert und das ist die Partei insgesamt, dass wir uns auch zu einem Teil neu erfinden müssen, dass wir eine Weiterentwicklung der Partei voranbringen müssen, dass wir aber trotzdem auch unsere politischen Aufgaben wieder besser erfüllen müssen. Das ist die zentrale Aufgabe, vor der wir stehen, und die wollen wir mit diesem Parteitag angehen.

Schulz: Und da würden Sie sagen – wir hatten gerade einen Knackser in der Leitung, als Sie den Namen genannt haben –, da ist die Zugkraft ähnlich wie bei Sahra Wagenknecht?

Schirdewan: Na ja. Es geht ja nicht um Sahra Wagenknecht. Sahra Wagenknecht hat die Partei verlassen. Das ist ein Fakt und dieses Kapitel ist für uns abgeschlossen und wir stehen gemeinsam vor der Aufgabe, ein neues Kapitel zu eröffnen. Dazu sind wir wild entschlossen. Das werden wir auch tun. Es geht darum, dass es in diesem Land eine Partei der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität und des Friedens gibt, und die Konflikte, die in der Partei

geherrscht haben und die in der Vergangenheit ja durchaus unser öffentliches Erscheinungsbild auch mitgeprägt haben, die haben dazu beigetragen, dass auch Glaubwürdigkeit und Vertrauen von Leuten in uns verlorengegangen ist. Das möchte ich wiederherstellen und das ist auch durchaus mit harter Arbeit verbunden. Das ist doch klar! Vertrauen und Glaubwürdigkeit erarbeitet man sich, aber die Stimmung in der Partei ist eine positive im Moment. Die Bereitschaft ist da, diese Arbeit auch zu leisten, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Wenn man sich ansieht, wie die Ampel derzeit in diesem Land agiert und Politik macht – ich möchte nur den Kürzungshaushalt erwähnen, wo in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen gekürzt wird, zum Beispiel in der Sozialpolitik, zum Beispiel im Gesundheitswesen oder bei der Demokratieförderung in Zeiten, wo wir über den Anstieg der extrem Rechten und den Antisemitismus reden -, das ist doch totaler Wahnsinn. Außer Aufrüstung fällt dieser Regierung ja nichts ein.

Schulz: Auf die Inhalte gucke ich gerne gleich mit Ihnen, aber für den Moment will ich noch bei den Personen ganz kurz bleiben, ganz konkret bei Ihnen. Sie sind ja nun Co-Parteichef. Ihre Aufgabe wäre es eigentlich gewesen, das was jetzt passiert ist, dieses Worst Case Szenario, die Spaltung, den Verlust des Fraktionsstatus der Partei Die Linke im Bundestag, der Fraktion, all das wegzumoderieren und genau diese Spaltung zu verhindern. Das haben Sie nicht geschafft. Erklären Sie uns, warum sie dann der richtige sind, jetzt zu verströmen, wir sind das neue Führungsteam, das Kandidatenteam für Europa?

Schirdewan: Wissen Sie, ich mache diesen Job jetzt seit einem guten Jahr und die Konflikte, die Sie angesprochen haben, existieren durchaus schon weitaus länger. Sie haben ja in Ihrem Eingangsbericht auch Gregor Gysi zitiert. Ich glaube, das Zitat war elf Jahre alt. Wir sehen,

dass es da durchaus eine Konfliktgeschichte gibt, und Dieser Konflikt ist jetzt zu einem Ende gekommen. Ich hätte mir das anders gewünscht. Wir haben diese Versuche unternommen als Partei, das was Sie als Moderation beschreiben auch zu machen. Im Grunde genommen ging es ja darum, Konflikte zu lösen. Das ist aber nicht passiert, weil die Bereitschaft bei einigen nicht existiert hat, und die Bereitschaft bei denjenigen, die Fraktion zu verlassen, führt letztendlich dazu, dass diese Fraktion zerbricht, und das ist ein schwerer Verlust für die Partei. Das ist doch ganz klar!

Schulz: Da muss ich aber noch mal nachfragen. Diese Bereitschaft herzustellen, die Dialogfähigkeit aufrechtzuerhalten, genau das ist doch der Moderationsjob, der bei Ihnen und Frau Wissler gelegen hätte.

Schirdewan: Na ja. Parteiführung heißt nicht nur Moderieren, sondern Parteiführung heißt auch durchaus zu führen, und das heißt, eine strategische Richtung vorzugeben, das heißt, Inhalte voranzubringen, das heißt, tatsächlich auch um neue Wählerschichten zu kämpfen, und so weiter und so fort. Das sind Prozesse, die haben doch nicht nur einen Namen, sondern es gibt ein gewähltes Gremium. Das ist der Parteivorstand. Der macht das ja nicht, weil er irgendwie dahingeputscht wurde oder irgendwas, sondern weil er demokratisch von den Mehrheiten in der Partei gewählt wurde. Wenn eine Minderheit in der Partei nicht bereit ist, sich diesen demokratischen Gepflogenheiten tatsächlich auch anheim zufügen und mitzugestalten in diesem Sinne, und meinetwegen auch, um neue Mehrheiten in der Partei zu kämpfen, dann ist das etwas, was man in dieser Situation dann leider irgendwann auch nicht mehr aufhalten kann, wenn diejenigen, die Minderheit, wild entschlossen sind, die

Fraktion zu zerstören, die Fraktion zu verlassen und gleichzeitig auch einen größtmöglichen Scherbenhaufen für die Partei zu hinterlassen, und wir kehren den jetzt weg.

Schulz: Dann gehen wir jetzt wirklich weiter zu den Inhalten. Was Sie gerade schon angesprochen haben ist die recht breite Unzufriedenheit mit der Ampel-Politik, die Umfragen in großer Regelmäßigkeit zeigen. Was Umfragen aber auch zeigen ist, dass diese Unzufriedenheit überhaupt nicht einzufließt auf das Konto der Linkspartei, trotz des Angebots, auf die Leute zu schauen, denen es finanziell nicht so gut geht in Zeiten von steigenden Preisen. Wie erklären Sie sich das?

Schirdewan: Na ja. Wir haben ja gerade ausführlich über Konflikte geredet und es ist ja offensichtlich so, dass auch Sie das noch sehr umtreibt, um zu verstehen, was mit dieser Partei in der Vergangenheit passiert ist. Ich sage, dass das ein ganz wesentlicher Punkt auch war, weshalb es uns nicht gelungen ist, glaubwürdig unsere Inhalte nach vorne zu stellen. Es gibt eine Wohnungsnot in diesem Land und natürlich sind wir die Partei der Mieterinnen und Mieter. Wir sind diejenigen, die für einen bundesweiten Mietendeckel eintreten. Es gibt mittlerweile Ernährungsarmut, die Dimensionen erreicht hat, die ich für unerträglich finde in einem so reichen Land, und gleichzeitig fahren die Nahrungsmittelkonzerne Extragewinne ein, die so gewaltig sind, dass wir uns das gar nicht vorstellen können, und die Bundesregierung weigert sich, in irgendeiner Form diese Extragewinne abzuschöpfen. Gleichzeitig bilden sich Schlangen an den Tafeln, die immer länger und länger werden. Das sind reale gesellschaftliche Probleme. Wir haben soziale Probleme in diesem Land, die dem Fass den Boden ausschlagen, und die Bundesregierung wie gesagt weigert sich in irgendeiner Form, da adäquate Maßnahmen zu ergreifen. Nach der Beendigung der Konflikte ...

Schulz: Ich verstehe, dass Sie da austeilen.

Schirdewan: Ja, muss man ja auch!

Schulz: Aber ich würde trotzdem gerne bei Ihnen bleiben, denn die Umfragen und auch gerade immer die Analysen an den Wahlabenden zeigen ja, dass die Lösungskompetenz, die man Ihnen und Ihrer Partei zutraut, wirklich in einem niedrigen Bereich liegt. Wie wollen Sie da ran?

Schirdewan: Indem wir Geschlossenheit wiederherstellen. Das ist jetzt die Chance und das ist jetzt die Gelegenheit. Indem wir uns erneuern und indem wir aber auch unsere Hausaufgaben machen, indem wir uns weiterentwickeln – programmatisch da, wo es notwendig ist, und strategisch so positionieren, dass wir wieder zum Zentrum der gesellschaftlichen Linken werden können. All das ist ja in der Vergangenheit von innen heraus in Frage gestellt worden. Diese Leute sind jetzt gegangen. Das löst nicht alle Probleme, das ist doch klar. Wir müssen unsere Hausaufgaben machen als Partei. Wir werden diese Hausaufgaben aber auch machen. Wir sind dazu entschlossen und dann werden wir genau diese Fragen, dass Gesundheit, eine ausreichende Gesundheitsversorgung, eine ausreichende Pflegeversorgung in diesem Land existiert, dass die Leute sich ein warmes Essen pro Tag leisten können, dass es möglich ist, sich eine Wohnung anzumieten in der Stadt, in der man großgeworden ist, oder zum Beispiel auch, dass man die Energie am Ende des Monats noch bezahlen kann, all diese Fragen sind für uns von größter Relevanz als Partei der sozialen Gerechtigkeit. Wir streiten in diesem Land und in der Europäischen Union für eine Zeitenwende, für soziale Gerechtigkeit und werden damit auch wieder klarer erkennbar werden.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.